

Zeigen, was möglich ist

Pädagogen und Universität konzipieren eine neue Schule für Köln

VON HELMUT FRANGENBERG

„Die Wissenschaft muss beweisen können, dass es funktionieren kann.“ Kersten Reich, Lehr- und Lernforscher an der Kölner Universität, wirbt für eine Schule, in der möglichst viel von dem umgesetzt werden kann, was Pädagogen von der Schule der Zukunft fordern. „Eine Schule für alle“ soll es sein, die Erfahrungen der immer noch wenigen Regelschulen für alle Kinder – egal, ob behindert oder nicht – aufnimmt und weiter entwickelt. Dazu wollen Reich und seine Mitstreiter aus der humanwissenschaftlichen Fakultät ein „großes Schiff mit unglaublich vielen Ressourcen“ – gemeint ist die Universität – richtig in Fahrt bringen. Ein reizvoller Gedanke: Forschung und Lehre, Wissen und Praxiserfahrung, fließen ein in Konzeption und Alltag einer großen neuen Kölner Schule, in der neben Lehrern aller Fachrichtungen auch Studenten die Praxisphase ihres Lehramtsstudiums absolvieren. „Wir wollen zeigen, was möglich ist“, sagt Reich.

Im Mai treffen sich der Rektor der Uni Axel Freimuth und OB Jürgen Roters auch, um über das Schulprojekt zu sprechen. Mit der Vorlage ihres Schulentwicklungsplans hat die städtische Fachverwaltung bereits klar gestellt, was sie von der Idee hält: Das neue Bildungsangebot soll als öffentliche Schule die Bildungslandschaft bereichern. Als Standort hat Schuldezernentin Agnes Klein das Sürther Feld ins Spiel gebracht.

Die Überlegungen der Uni sind weit fortgeschritten. Als vor fünf Jahren die Studiengebühren eingeführt wurden, entschloss sich die Humanwissenschaftliche Fakultät dazu, einen Teil der neuen Einnahmen für das Projekt bereit zu stel-

len, dem sie den Namen „School is open“ gaben. Die Studierenden hätten sich eine Praxisschule gewünscht, sagt Silke Kargl, die mittlerweile als hauptamtliche Geschäftsführerin des Projekts arbeitet. Eine Vorlesungsreihe beschäftigt sich mit den schulpolitischen Herausforderungen der Zukunft.

Die Schule wird eine inklusive Ganztagschule für die Klassen 1

» Auf lange Sicht muss man sich von dieser Anhäufung von Lernstoff verabschieden

Kersten Reich

bis 13. Die Schüler werden individuell gefördert, der Übergang vom vierten Schuljahr in eine weiterführende Schule wird gestrichen. Zwei Lehrer, einer mit sonderpädagogischer Ausbildung, kümmern sich um eine Klasse, zusätzlich sind ein bis zwei Lehramtsstudenten dabei. Für die Lehrer ist die Schule der Arbeitsplatz mit Anwesenheitspflicht bis zum Schulschluss. Das heißt aber auch: Kein Lehrer muss Arbeit mit nach Hause nehmen. Mit ihren Ideen wagen

sich Lehrende und Studierende an ein weiteres heißes Eisen: Was muss eine moderne Schule heute noch lernen? „Auf lange Sicht muss man sich von dieser Anhäufung von Lernstoff verabschieden“, fordert Reich. Entscheidend müsse doch sein, was wichtig ist „für das Leben in 15 Jahren“, sagt Diplom-Pädagoge Dieter Asselhoven. Ein Schwerpunkt soll auf Sprachen liegen.

Drei bis vier Jahre seien nötig, um die neue Schule starten zu lassen, wenn klar ist, wo man sie bauen könnte. Einzelne Ideen und Konzepte könne man jedoch bereits vorher an existierenden Schulen umsetzen. So arbeitet man mit der Gesamtschule Holweide oder der Martin-Luther-King-Schule in Weiden zusammen. Holweide gilt beim Thema Inklusion von Behinderten in Köln als vorbildlich. Die Hauptschule in Weiden möchte sich wie die Universitätsschule zu einer so genannten Individualschule für Schüler vom ersten bis zum 13. Schuljahr entwickeln. Die Unterstützung der Stadt ist der Uni sicher. Nun wartet man auf das Land, das die Schule als Modellprojekt genehmigen müsste.



Das Team von „School is Open“ Professor Kersten Reich (r.) Diplom-Pädagoge Dieter Asselhoven, Silke Kargl von der Uni Köln, BILD: SCHWARZ

Forderungen an die Zukunft der Bildung

Schulverwaltung will gemeinsames Lernen für Behinderte und Nicht-Behinderte

Für Lernforscher Kersten Reich von der Kölner Uni ist es das Hauptproblem der Zukunft: Wie muss sich das deutsche Schulsystem weiter entwickeln, damit Behinderte und Nicht-Behinderte in die selbe Schule gehen können. Experten sind sich sicher: Würde Deutschland ernst machen mit der Umsetzung der Behindertenkonvention der Vereinten Nationen, würde sich nicht nur vieles im Leben von behinderten Kindern verbessern. Das Schulsystem würde sich für alle verändern.

Reich und seine Mitstreiter des Projekts „School is open“ an der Uni sind eng eingebunden in die Bemühung der Stadt, die Angebote für einen gemeinsamen Unterricht an Regelschulen auszubauen. Mit einer großen Auftaktveranstaltung im Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg hat die städtische Schulverwaltung den Prozess eingeleitet, an dessen Ende ein „Inklusionsplan“ für die Kölner Schulen stehen soll. Der Stadtrat hat ein ehrgeiziges Ziel vorgegeben: Durch eine kontinuierliche Steigerung der Inklusionsquote sollen 80 Prozent der behinderten Kinder auf Regelschulen unterrichtet werden können. Zur Zeit besuchen 26 Prozent der Kinder, für die ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde, eine normale Grundschule. Bei weiterführenden Schulen sinkt diese Quote in Nordrhein-Westfalen auf acht Prozent. Trotz aller Bemühungen daran etwas zu ändern, steigt die Quote der Kinder,

die auf eine Förderschule gehen weiter an. „Wenn wir den Auftrag der UN-Konvention ernst nehmen, können wir nicht so weitermachen wie bisher“, sagte Schuldezernentin Agnes Klein.

Ulf Preuss-Lausitz, Professor und Erziehungswissenschaftler an der Technischen Universität Berlin, der im Berufskolleg als Gast referierte, glaubt, dass 85 Prozent aller Behinderten ins Regelschulsystem zu integrieren sind. Voraussetzung sei jedoch ein radikaler Umbau des Schulsystems: Die Ressourcen der vielen deutschen Sonderschulen müssten in die Regelschulen fließen. Was das konkret bedeuten kann, lässt sich an der Gesamtschule in Holweide besichtigen: Jede Klasse, in die auch behinderte Kinder gehen, bekommt zwei Lehrer, einer ist ausgebildeter Sonderpädagoge. Hinzu kommt die Unterstützung einer Lehrerin, die sich stundenweise um Kinder mit sprachlichen Problemen kümmert, und einem Sozialpädagogen.

Kein Finanzproblem

Klein glaubt, dass ein flächendeckendes Angebot „kein Riesenfinanzproblem“ werde. Teuer werde es allenfalls dann, wenn man parallel das Förderschulsystem in gleichem Umfang weiter finanziere. Damit dann auch genügend Plätze für den gemeinsamen Unterricht bereit stehen, wirbt die Stadt weiterhin bei Kölner Schulen, sich für Behinderte zu öffnen. Es gibt erste Fortschritte: Waren es vor einem Jahr nur zwei Gesamtschulen, die gemischte Klassen hatten, machen nun ein Haupt-, eine Realschule, zwei weitere Gesamtschulen sowie die beiden neuen Gemeinschaftsschulen inklusive Angebote. (fra)